

# Sicherheitszentrum nimmt Hürde

Der Kantonsrat sagt Ja zum 22-Millionen-Kredit für die Projektierung eines Sicherheitszentrums in Rothenburg.

Lukas Nussbaumer

Das in Rothenburg geplante Sicherheitszentrum soll gemäss Angaben der Luzerner Regierung von Anfang Dezember des letzten Jahres 291 Millionen Franken kosten – mit Betonung auf «soll». Vor etwas mehr als drei Jahren ging die Exekutive erst von 91 Millionen aus, vor zwei Jahren plötzlich von 112, und ein paar Monate später kamen Dutzende weitere Millionen dazu. Diese grosse Abweichung gegenüber früher genannten Zahlen sei denn auch «der grösste Makel am Projekt», sagte Pius Kaufmann (Mitte, Wiggen), Präsident der vorbereitenden Kommission für Verkehr und Bau, gestern im Kantonsrat.

Fraktionsprechende wie Armin Hartmann (SVP, Schlierbach) und Judith Schmutz (Grüne, Rain) nannten die Kostensteigerung gar «unverständlich». Sie gab denn auch mehr als eine Stunde lang zu reden. Viel mehr jedenfalls als die 22 Millionen Franken, um die es eigentlich ging: den Projektierungskredit für die weitere Planung des Zentrums, das im Sommer 2031 eröffnet werden soll. Ursprünglich war die Inbetriebnahme 2028 geplant, zuletzt 2029.

## Hälfte der SP-Mitglieder enthielt sich der Stimme

Der Schlussabstimmung, die mit 99 Jastimmen zu einem ablehnenden Votum von SVP-Kantonsrat Franz Gisler und zehn Enthaltungen von SP-Mitgliedern klar ausfiel, ging eine lebhafte Diskussion voraus. Kritik, wenn auch in unterschiedlichem Mass, kam aus allen Lagern. Am deutlichsten formulierte sie Isabella Schwegler-Thürig: «Wir



So könnte das Sicherheitszentrum in Rothenburg aussehen.

Visualisierung: PD

sind extrem unzufrieden über den bisherigen Projektverlauf und die gestiegenen Aufwendungen. Wir werden keine weiteren Kostensteigerungen mehr akzeptieren», drohte die SP-Parlamentarierin aus Wauwil.

Fraktionskollege Jörg Meyer aus Adligenswil schlug in die gleiche Kerbe und fand, um den Faktor drei gestiegene Kosten würden «einen fahlen Beigeschmack hinterlassen». Für die SVP ist mit 291 Millionen Franken die «Schmerzgrenze erreicht», wie Armin Hartmann sagte.

## Mitte scheitert mit Antrag auf Etappierung

Trotz massiver Kritik war die Notwendigkeit des neuen Zentrums in allen Fraktionen unbestritten. Auch bei der Mitte, die

einen Antrag auf die Etappierung des Projekts stellte. Damit verletze der Bau die Schuldenbremse nicht, und es könne geprüft werden, ob die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft in Rothenburg wirklich am richtigen Platz seien, argumentierte Josef Wyss. Ausserdem würden dadurch die Chancen auf ein Ja in der für 2026 geplanten Volksabstimmung steigen, sagte der Parlamentarier aus Eschenbach.

Erfolglos, wie die Abstimmung zeigte. 82 Ratsmitglieder – darunter 6 aus der Mitte – lehnten ein schrittweises Vorgehen ab, nur 26 votierten für den Antrag der Mitte. Eine Etappierung bringe «keine Vorteile, sondern nur Mehrkosten», sagte etwa Inge Lichtsteiner, Präsidentin der Kommission für Jus-

tiz und Sicherheit sowie Mitte-Kantonsrätin aus Egolzwil. Sabine Wermelinger (FDP, Flühli), András Özvegyi (GLP, Luzern) und David Roth (SP, Luzern) plädierten ebenfalls für eine gesamtheitliche Planung.

## Wyss: «Kommunikation war nicht das Problem»

Diese Haltung vertrat auch die Regierung, vertreten von Finanzdirektor Reto Wyss. Zuvor nahm der Mitte-Politiker aus Rothenburg ausführlich Stellung zur Kritik an der Kostenexplosion und der von mehreren Sprechenden als unglücklich bezeichneten Kommunikation. «Das Problem war nicht die Kommunikation, sondern die späte, nach dem Wettbewerb erfolgte grundlegende Überarbeitung des Raumpro-

gramms. Das war etwas unglücklich.»

Zu den bei einem Neubau eingesparten und als bescheiden kritisierten Kosteneinsparungen von jährlich 0,8 Millionen Franken sagte er: «Der primäre Nutzen liegt bei der Verbesserung der Sicherheit und nicht beim monetären.» Stellung bezog Wyss zudem zu den Gesamtkosten von 291 Millionen Franken, von denen im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) nur 150 Millionen eingetragen sind: «Die Regierung wird die Finanzierung im nächsten AFP aufzeigen.» Dabei müsse man wohl andere Projekte zeitlich zurückstellen. Exakt davor, nämlich einem Wettbewerb zwischen Projekten, warnten vor und nach Wyss' Votum mehrere Parlamentsmitglieder.